Ostsachsen

„Wir haben Hunger"

„Schießt uns nieder, wir haben nichts mehr zu verlieren"

Am 14. August tagte in Pirna auf Grund der Abbaumaßnahmen seitens der Stadt, welche diktiert wurde von der Kreishauptmannschaft, eine Versammlung der Erwerbslosen, Fürsorge- und Rentenempfänger. 400 waren dem Ruf des Erwerbslosenausschusses gefolgt. Genosse Göhler zeigte in seinem Referat treffend die Auswirkungen der Brüning Notverordnung und den Hoover-Silberstreifen am Horizont. Mit Entrüstung und schärfstem Protest nahmen die Erwerbslosen und Fürsorgeempfänger Stellung zu den unerhörten Abbaumaßnahmen der Stadt und forderten sofortige Auszahlung der abgezogenen Gelder. Nach dem Referat des Genossen zogen die Erwerbslosen, Fürsorge- und Rentenempfänger demonstrativ vor das Rathaus, obwohl diese Demonstration vorher nicht angemeldet war. Sie leiteten eine Delegation zum Oberbürgermeister welche die Forderungen vorbrachte. Demonstranten drängten sich zu den Eingängen des Rathauses und schrie der Polizei in die Ohren, wir haben Hunger, schießt uns doch tot, wir haben nichts mehr zu verlieren. Nach der Verhandlung gab ein Arbeiter das Resultat auf dem Marktplatz bekannt es wurde weiter beschlossen am Montag eine neue Versammlung durchzuführen um das Resultat der Kreishauptmannschaft entgegen zu nehmen und weitere Maßnahmen zu ergreifen.

Die „Arbeiterstimme" ist euer Sprachrohr

Berichtet über alle eure Sorgen an die „Arbeiterstimme", über jede Gehaltskürzung, jede Schikanierung auf den Dienststellen. Die „Arbeiterstimme" wird jeden Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung der unteren und mittleren Beamten und Angestellten unterstützen.

Kommunistenhetze im Amtsblatt

der Freiberger Amtshauptmannschaft

In der Hetze gegen die KPD bringt jeder Tag neue Glanzleistungen der Behörden und bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse. Allen Meldungen, das ist ohne Schwierigkeiten heute ziemlich schnell zu erkennen, ist anzusehen, daß nach einer bestimmten höheren Weisung gehandelt wird. So lesen wir im Amtsblatt der Amtshauptmannschaft Freiberg folgendes:

Mißbrauch von Gemeindesiegeln.

Im Bezirk ist kürzlich eine auf Wanderschaft befindliche, anscheinbar kommunistischen Kreisen nahestehende Person dabei betroffen worden, wie sie um Abdruck des Gemeindesiegels auf einem Blatt Papier, auf dem schon einige Stempel waren, bat. Das Blatt ist eingezogen worden.

Die Amtshauptmannschaft weist darauf hin, daß jede Verwendung der Dienst- und Gemeindesiegel auf das notwendigste Maß zu beschränken ist und sie nur in den vorgeschriebenen Fällen benutzt werden dürfen. Solche Stempelsammlungen dienen meist illegalen Zwecken, sie wandern in die Paßfälscherwerkstätten (!. Vorgänge über die kommunistische Paßfälscherwerkstatt). Das muß möglichst unterbunden werden. Die Gemeinderäte wollen dafür sorgen, daß jeder Mißbrauch mit den Stempeln und Siegeln unterbleibt. Mit Stempelabdrücken versprechende Personen sind die bedruckten Blätter abzunehmen. Die Blätter sind an die Amtshauptmannschaft oder das Zweigamt zu senden.

Die Amtshauptmannschaft.

(Bezirksblatt S 31/32.)

Es geht nichts über die Findigkeit der Behörden. Da kommt irgend ein lebendes Wesen in ein Gemeindeamt, bestellt oder nicht bestellt, das spielt absolut keine Rolle, und schon hat die Amtshauptmannschaft, findig wie immer, gerochen, daß es sich hier um ein kommunistisches Lebewesen handelt. Alle Achtung vor so viel Findigkeit.

Daß mit dieser Meldung aber nur die plumpeste Kommunistenhetze betrieben wird, und bis zur letzten Stelle in den Gemeinden die nötige Pogromstimmung erzeugt werden soll, zeigt der Satz, „daß solche Stempelsammlungen meist illegalen Zwecken dienen", mit dem Hinweis auf eine kommunistische Paßfälscherwerkstatt.

In diesen Meldungen liegt System. Wie 1914 gegen den Erbfeind mit den Nachrichten von Geldautos, Cholerabazillen usw. die nötige Stimmung geschaffen wurde, so soll hier, 1931, eine Hetze und Pogromstimmung gegen die Kommunistische Partei den einzigen Feind die den Kampf gegen die Hungeroffensive rücksichtslos führt erzeugt werden. **Die herrschende Klasse wird sich aber verrechnen. Die Werktätigen lassen sich mit solchen plumpen Mittelchen nicht mehr irre machen. Sie wissen, der Anwalt des ausgeplünderten Volkes ist allein die KPD. Sie wird das werktätige Volk zum Siege führen gegen alle Hetze und Betrug zum Trotz gegen alle Volksfeinde.**

Polizei zum Schutze der Nazis

Zittau. Vor reichlich vierzehn Tagen führten die Nazis in Zittau eine Versammlung durch. Als Redner fungierte der berüchtigte Klötzner, welcher in Rußland gewesen ist. Er gefiel sich wie immer in der Schilderung angeblicher Greueltaten der Bolschewiki. Um diesem Verleumder entgegenzutreten, hatten sich auch unsere Genossen eingefunden. Schon vor Beginn der Versammlung aber sah man die Polizei, die stark vertreten war, arbeiten. Mehrere Genossen mußten sich Leibesvisitationen gefallen lassen. Interessant war dabei die Feststellung, wie die Polizei mit den Nazis zusammenarbeitete. Als Genosse Brun in den Saal eintrat und bezahlt hatte, sah er, wie einer der berüchtigsten Nazis mit dem Polizeiwachtmeister Fabian sprach. Ohne Ueberlegung sah nun der Beamte seine Pflicht darin, sich auf den Genossen zu stürzen und ihn in aller Oeffentlichkeit einer gründlichen Untersuchung zu unterziehen. Wenn es nicht gegen die Sittlichkeit verstoßen hätte, würde dieser diensteifrige Beamte dem Genossen am liebsten das Hemd ausgezogen haben. Als Genosse B. gegen diese provozierenden Maßnahmen protestierte und erklärte, er lasse sich durchsuchen, aber er solle mit ihm in ein Zimmer gehen, wurde ihm durch einen brutalen Polizeigriff beigebracht, was Volkspolizei heißt. Auf eine sofortige Beschwerde bei dem anwesenden Führer des Kommandos wurde ihm zwar versprochen, daß solches dem Beamten sofort untersagt würde. Aber gleich darauf erlaubte sich dieser Beamte an anderen Genossen wieder derartige Maßnahmen. Wir fragen den Polizeidezernenten, Bürgermeister Dr. Kolbenburg in aller Oeffentlichkeit ob das das gleiche Recht für alle ist, auf welches er sich i[illegible] bei Versammlungsverboten der Arbeiterschaft beruft.

Die Werktätigen ersehen auch hieraus, daß enge Zusammenarbeiten das zwischen den Stützen der herrschenden Klasse und der Polizei besteht. Kampf diesem System unter Führung der KPD ist das Gebot der Stunde.

Die Volksfürsorge mahnt

Ruhe und Besonnenheit haben die Einleger bei den gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Sparkassen und Bankinstituten bewiesen. Nach dem ersten Ansturm bewegte sich das Geschäft in normalen Bahnen. Die von der Leitung abgegebenen Erklärungen haben ihre Wirkung nicht verfehlt. Leider haben sich Leser und Leserinnen, die eine Versicherung bei der Volksfürsorge abgeschlossen haben, die Prämienzahlung eingestellt, teilweise sogar die Kündigung der Versicherung beantragt. Diese Angstmaßnahme ist natürlich unklug und schädigend. Um die Sicherheit der bei der Volksfürsorge angesammelten Kapitalien braucht niemand Befürchtungen zu hegen. Die Volksfürsorge beachtet über die gesetzlichen Bestimmungen hinaus eine ganz besonders vorsichtige und sichere Anlagepolitik. Jeder muß sich bewußt sein, daß bei der Aufgabe der Lebensversicherung der vielleicht mit großen Mühen erworbene Versicherungsschutz erlischt, was in vielen Familien, die bar jeder Mittel sind, zu großer Not führen kann. **Nachdrücklichst machen wir auch darauf aufmerksam, daß niemand den Abschluß einer Lebensversicherung bei der Volksfürsorge hinausschieben sollte, auch die gegenwärtige Situation in der Wirtschaft und auf dem Finanzmarkt rechtfertigt eine solche Auffassung nicht.**

Bekanntmachung

Der gesperrte Teil von Altlockwitz zwischen Dohnaer und Tageestraße wird nach Fertigstellung der Straßenbauarbeiten am 18. August 1931 für den Verkehr wieder freigegeben. Gesperrt werden auf die Dauer der Straßenbauarbeiten für den Fahr- und Reitverkehr: vom 24. August 1931 die Wintergartenstraße zwischen Dürer und Gerockstraße. Vom 31. August 1931 ab die Schandauer Straße zwischen Pehnischs- und Pauensteiner Straße. Unbefugtes Benutzen der gesperrten Straßenstrecken wird auf Grund des Paragraphen 366 Ziffer 10 des Reichsstrafgesetzbuches mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder Haft bis zu 14 Tagen bestraft. Die Umleitung des Verkehrs ist kenntlich gemacht.

Zur Gesichts-Bräunung

aber auch zur Bräunung des ganzen Körpers bei Sonnenbädern verwende man die reinigende und kühlende Dr. Scholl-Zeh-Creme. Tube 60 Pf. und 1 Mk. Wirken unterstützt durch Dr. Scholl-Bellsalz Stück 50 Pf. Zu haben in allen Chlorodont-Verkaufsstellen.

Kampfforderungen der Pirnaer Erwerbslosen

Folgende Forderungen wurden dem Rat der Stadt und dem Stadtverordneten-Kollegium übermittelt

Die Erwerbslosen, Fürsorge- und Rentenempfänger der Stadt Pirna stellen hiermit folgende Anträge:

1. Sofortige Inangriffnahme von Notstandsarbeiten, Umgehungsstraßen, Bergstraßen, Kanalisierung des Poltmeges und der Kohlbergstraße sowie Fahrweg nach Königstein. Unter Heranziehung langfristiger Fürsorgeempfänger in erster Linie. Bezahlung nach Tariflohn.
2. Eine Wirtschaftsbeihilfe zur Anschaffung von Winterkleidung für verheiratete 50 Mark für Ledige 30 Mark.
3. Heranschaffung von Kohlen und Kartoffeln, Abgabe erfolgt zum Einkaufspreis.
4. Endliche Durchführung der vom Kollegium beschlossenen freien Aerztewahl.
5. Uebernahme der Invalidenversicherungsbeiträge für alle Erwerbslosen und Fürsorgeempfänger ohne Unterschied des Alters.
6. Zahlung des Differenzbetrages der Krisenunterstützungsempfänger in Höhe des vollen Fürsorgesatzes.
7. Bei der Kreishauptmannschaft dahin zu wirken, daß die Ausweisung von Ausländern zurückgenommen wird.
8. Zuteilung von Wohlfahrtspflegern welche die Erwerbslosen und Fürsorgeempfänger selbst wählen.
9. Einführung von Schulspeisung, Lernmittelfreiheit, Bereitstellung von verbilligter Milch für Schulkinder der Erwerbslosen und Fürsorgeempfänger.
10. Beschlagnahme von großen Wohnungen und Villen zwecks Unterbringung der Wohnungslosen.
11. Mietzuschüsse für alle Erwerbslosen, Fürsorge- und Rentenempfänger.
12. Ablehnung von Bewilligung von Geldern zur Durchführung der Arbeitsdienstpflicht und Pflichtarbeit.

Die Antragsteller sind bereit all die gerechten Forderungen mit den ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu vertreten.

Resolution!

Die am 14. August versammelten Fürsorge- und Rentenempfänger protestieren gegen die ungeheuren Abbaumaßnahmen der Kreishauptmannschaft. Die Herabsetzung der ohnehin geringen Unterstützung bedeutet ein langsames Verhungern der Aermsten der Armen. Die versammelten Erwerbslosen sind nicht gewillt, an Unterernährung zu Grunde zu gehen oder zum Gashahn oder Strick zu greifen. Die Abbaumaßnahmen zwingen uns alle uns zur Verfügung stehenden Mittel in Anwendung zu bringen um diese Maßnahme illusorisch zu machen. Die KPD als einzige Partei hat sich gegen die Maßnahmen der Regierung betr. Notverordnung gewandt. Die Ablehnung der Einberufung des Landtags durch den Präsidenten Weckel erfährt unser schärfstes Mißtrauen. Wir erkennen das die Rettung aus dem Elend der Weg der KPD. ist.

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen.

Zeitungsboten der Arbeiterstimme geloben

Bolschewistische Verteidigung unserer Presse

Alle Kräfte der Partei und Massenorganisationen für die Werbung der Arbeiterstimme und Volksecho mobilisieren! / Mit revolutionärer Kühnheit an die Arbeit!

Am Dienstag tagten im Bürgergarten die Dresdner Zeitungsboten der Arbeiterstimme, um gegen die unerhörte Knebelung der kommunistischen Presse durch den kapitalistischen Staatsapparat und zu den notwendigen Maßnahmen zu ihrer energischen Verteidigung gegen den Klassenfeind, da sie durch die Massenverbote auch finanziell schwer geschädigt wird, Stellung zu nehmen. Nach eingehender Diskussion wurde folgende Resolution beschlossen:

Entschließung

Die ungeheure Zuspitzung der politischen Lage stellt die Partei des revolutionären Proletariats vor immer neue und größere Aufgaben.

Die Träger der jetzigen Klassenherrschaft, die Todfeinde unserer kommunistischen Bewegung scheuen kein Mittel, um den Vernichtungsfeldzug gegen uns täglich brutaler zu gestalten. Besonders scharf gilt dieser Kampf den Unternehmen der Partei. Zeitungsverbote in allen Teilen des Reiches sind an der Tagesordnung. In den letzten Monaten sind alle drei sächsischen Tageszeitungen der Partei verboten gewesen. An die hundert unserer Redakteure verbüßen wegen „Hochverrats" den Zeitungen auferlegten Geldstrafen. Die in einem Jahre lengjährige Festungs- und Kerkerstrafen. Die in einem Jahre ein halbe Million Mark.

Wir wissen, daß die Bourgeoisie es darauf angelegt hat, die Sprachorgane der KPD zu zerschlagen. Wir Kommunisten sind uns darüber im klaren, was das bedeutet und verlangen von unseren Vertretern die notwendigen Gegenmaßnahmen. Die Situation erfordert die sofortige Durchführung folgender Maßnahmen:

1. Es wird ab 1. September d. J. der Parteivorschrift entsprechend für jede Zelle und Ortsgruppe die politische Funktion eines Zeitungsobmannes geschaffen. Damit fällt fort die bisherige Art des Kolporteurwesens. Die Zeitungs- oder Presseobleute erhalten keinerlei Entschädigungen wie die bisherigen Kolporteure. Sie werden, wie jeder andere Funktionär, ihre Parteiarbeit nach den Richtlinien der Partei bzw. des Verlages durchführen.
2. Die Abrechnung der Zeitungsgelder erfolgt ab 1. August nicht mehr wie bisher durch den Kolporteur, sondern durch jeden einzelnen Boten mit dem Verlag.
3. Wie in allen anderen Bezirken unserer Partei wird auch im Verbreitungsbezirk der Arbeiterstimme der Botenlohn auf 40 Pf. pro Abonnement festgesetzt.

Die Wochenzeitung „15 Pf. Verkaufspreis) wird mit 11 Pf. an den Verlag abgerechnet.

4. Wer nach der neuen Regelung noch versicherungspflichtig ist, hat den gesetzlich vorgeschriebenen Anteil an den Versicherungsbeiträgen zu zahlen. Der Verlag zahlt nur noch den Arbeitgeberanteil.
5. Alle Boten werden verpflichtet, Mitglied der RGO zu werden.

Genossinnen und Genossen! Wir wissen, daß unsere Gegner ob heiser schreien werden wegen dieser Maßnahmen, aber wir wollen ihnen beweisen, daß wir klassenbewußte Proletarier und Kommunisten sind, die ganz bewußt den Gewerkschaftslegalismus abstreifen und ihre Pflicht der Partei gegenüber auch dann erfüllen werden, wenn zur Erhaltung der Parteiunternehmen noch größere Opfer zu bringen sind. Wir legen Wert darauf, zu betonen, daß das Austragen der Parteizeitung für uns mehr eine Parteiarbeit darstellt als eine Arbeit gegen Bezahlung. In bestimmten Fällen sollte ab sofort eine solche Umstellung durchgeführt werden, daß das Austragen der Zeitung als Parteiarbeit erfolgt.

Wir nehmen weiter die Pflicht auf uns, jetzt erst recht unsere ganze Kraft in den Dienst der Sache zu stellen und nicht nur als Zeitungsboten stets auf dem Posten zu sein, sondern ganz besonders als Agitatoren und Werber uns zu betätigen.

...und immer wieder neue Klassenurteile der Justiz

Am Dienstag, dem 18. August fand vor dem gemeinsamen Schöffengericht Dresden eine Verhandlung gegen unseren Genossen Gemeindeverordneten Ernst Dietrich statt. Als Zeuge war erschienen Hauptwachtmeister Paul Luge, Brockwitz. Der Tatbestand war folgender: Am 10. April, also kurz nach Inkrafttreten der Notverordnung gegen politische Ausschreitungen, kam ein Trupp Arbeiter 12 bis 15 Mann teils mit schwarzem Hemd bekleidet, zwanglos die Dorfstraße herunter. Genosse Dietrich, der den Trupp kommen sah, lief diesem entgegen und sagte, sie sollten nicht wie eine Hammelherde laufen. Unter mißgen Bemerkungen ging der Trupp die Straße weiter. Am Rathaus wurde der Trupp von dem obengenannten Hauptwachtmeister angehalten und aufgefordert auseinander zu gehen. Die Beteiligten sowohl auch Genosse Dietrich nahmen diese Aufforderung als einen üblen Scherz auf. Da ja faktisch dieser Trupp keinem Aufzug oder Demonstration gleich kam. Verstärkt wurde diese Ansicht noch dadurch, daß etwa in 50 Meter Entfernung der Bürgermeister und Gendarmeriewachtmeister Krumbiegel standen, die kurz zuvor aus Wazigs Weinstuben gekommen waren. In ihrer Gemeinschaft befand sich auch der Zeuge Luge. Auf besonderes Treiben der Nazistrolche wurde unserem Genossen Dietrich ein Verfahren anhängig gemacht. Die Verhandlung war äußerst kurz. Staatsanwalt Hartmann aus Kötzschenbroda beantragte Bestrafung nach der Notverordnung. Nach 25 Minuten Beratung wurde das Urteil verkündet drei Monate Gefängnis. **Die Klassenjustiz hat wieder ganz brutal ihr Klassengesicht gezeigt: drei Monate Gefängnis für eine derartige Lappalie! Was werden die Nazis bekommen, die in militärisch geordnetem Zug einige Tage später in einer Stärke von 50 Mann aufmarschierten? Die Antwort dürfte nicht schwer fallen, wissen die Arbeiter doch zur Genüge Bescheid. Arbeiter in der SPD, das ist die Notverordnung, der von euren Führern zugestimmt wurde. Wie hohl und morsch muß doch die deutsche Republik sein. Wie groß muß doch die Angst der Bourgeoisie und ihrer Lakaien sein und das bei 12 bis 15 Mann. Eure Antwort muß sein: Nun erst recht hinein in den Kampfbund und Rote Hilfe!**

Tödlicher Insektenstich

Grünewalde. Beim Holzsammeln wurde eine Witwe Chrig von einem Insekt im Gesicht gestochen. Der Stich entwickelte sich bald zu einem bösartigen Geschwür und die Frau starb innerhalb weniger Stunden an den Folgen einer Blutvergiftung.